Montags-Ausgabe
№ 416

Berlin.

Montags-Ausgabe
18. August 1913

Vossische Zeitung

Begründet 1704.

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Im Verlage Vossischer Erben. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Str. 8/9, Berlin C.

Telephon: (Zentrale im Hause) Amt Zentrum 8689, 8690, 8691, 8692, für Ferngespräche Amt Zentrum 10 640, 10 641.

Der neue Vorstoß der Türken.

Die tatenluftigen türkischen Militärs bereiten ihrer eigenen Regierung arge Verlegenheiten. Von einer Zivilgewalt im osmanischen Reiche kann in diesem Augenblicke vielleicht noch weniger die Rede sein, als zu irgendeinem Zeitpunkte seit der Wiedereinführung der Verfassung, die, beiläufig bemerkt, seit der im Sommer des vorigen Jahres erfolgten Auflösung des Jungtürken-Parlaments durch die Komiteegegner Achmed Mukhtar und Kiamil Pascha völlig in der Luft schwebt. Die jungtürkischen Offiziere selbst haben eben anderes zu tun als die überzeugten Konstitutionalisten zu spielen. Die Zivilregierung muß tanzen, wie es der Militärgewalt beliebt, und das Parlament hätte auch dann nichts zu sagen, wenn ein solches vorhanden wäre. Die Regierung ist allgemach ein bloßer Entschuldigungsapparat für die Eigenmächtigkeiten der Armee geworden. Den Marsch nach Adrianopel konnte die Regierung mit guten Gründen immerhin noch decken, und sie hatte das Glück, daß nach einigen Schwankungen das Ausland die Arme verschränkte und, wenn auch unter Protesten, die Rolle des passiven Zuschauers übernahm. Man gewöhnt sich ja an vieles; auch an die Griechen in Kawala, an die Serben in Istip, an die Türken in Adrianopel. Nur an unaufhörliche Reizungen gewöhnt man sich nicht. Indem die türkischen Offiziere in ihrer Selbstherrlichkeit die Armee über die Maritza hinüber nach Neubulgarien führen, überspannen sie den Bogen. Sie erdrohen die schärfsten Pressionen des Auslandes, die ihnen sonst höchstwahrscheinlich erspart geblieben wären, gegen die Türkei heraus. Es ist nicht zu bezweifeln, daß sie zu einer rückläufigen Bewegung, zur Räumung des Landstrichs westlich der Maritza schließlich bemüßigt sein werden, und damit wird auch die Adrianopler Frage wieder stärker in den Vordergrund treten, als ihnen lieb sein kann. Den Beschwerden Bulgariens wegen der türkischen Wiederbesetzung Adrianopels schien kein Erfolg bei den europäischen Kabinetten zu blühen, den bulgarischen Klagen wegen des neuen türkischen Einbruchs in unverteidigtes Land unmittelbar nach Abschluß des Balkanfriedens werden die Mächte ihr Ohr nicht verschließen können. Adrianopels Wiedereinnahme konnte noch als Kriegshandlung angesehen werden, die Ueberschreitung der Maritza ist der nackte Friedensbruch. Schon als vor etwa acht Tagen die Nachricht eintraf, daß die Türken die Ortschaft Sofili am rechten Maritza-Ufer besetzt haben, wurde hier auf die Unzweckmäßigkeit dieses Verfahrens hingewiesen. Inzwischen sind die Türken noch weiter nach Westen marschiert, und sie sollen gegenwärtig schon bei Gümüldschina stehen. Dieser Marsch liegt, wie immer er von der Militärpartei begründet und von der Zivilregierung entschuldigt wird, keinesfalls im Interesse des osmanischen Reiches. Er zwingt die Kabinette und die öffentliche Meinung gegen die Türken für die Bulgaren Partei zu ergreifen. Der Uebermut der Militärpartei ist daher bedauerlicher Weise nur geeignet, die Position der Türkei zu schwächen.

Sofia, 17. August. (Ag. Bulgare.) Die Regierung hat den Gesandtschaften der Großmächte eine Note überreicht, in der sie die Mächte davon in Kenntnis setzt, daß die türkischen Truppen unter dem Vorwande, die Bevölkerung in den von der griechischen Armee geräumten Gebieten schützen zu wollen, nach der Besetzung von Mustapha-Pascha, Dimotika und Suffili den Ort Kuschukavak, 16 Kilometer westlich von der Maritza, erreichten und auf Kirdschali und Gümüldschina ziehen. Die Note erklärt, daß die Tatsache, daß die Türken die erwähnten Gebiete besetzten, noch bevor die bulgarischen Truppen wieder von ihnen Besitz genommen hätten, klar beweise, wie wenig der von der Pforte angeführte Grund den Tatsachen entspreche. Um vor den Großmächten die Wahrhaftigkeit ihrer Erklärungen und ihre wohlkommene Aufrichtigkeit zu bezeugen, sowie um neuen Anklagen vorzubeugen, schlägt die bulgarische Regierung vor, daß die Wiederbesetzung der fraglichen Gebiete durch bulgarische Truppen in Gegenwart von Militärattachés stattfinde, die solange dort bleiben könnten, wie sie es für nützlich hielten. Da der Vertrag von Bukarest Bulgarien zur Demobilisierung zwinge, würde es die höchste Ungerechtigkeit bedeuten, wenn den Türken erlaubt würde, ungestraft eine der Grundbestimmungen des Londoner Friedens zu übertreten und das Gebiet eines Staates zu verletzen, der soeben die Waffen niedergelegt habe. Die Note schließt mit folgender Erklärung:

> Die bulgarische Regierung ist überzeugt, daß die Großmächte es sich angelegen sein lassen werden, mit den geeignetsten Mitteln das Verbleiben ottomanischer Truppen diesseits der Linie Midia—Enos sowie ihren neuen Vormarsch zu verhindern, der die Gefahr von Zusammenstößen mit den bulgarischen Truppen in sich birgt, ernste Zwischenfälle herbeiführen kann und womöglich einen Zustand schafft, der an und für sich und durch die vielfachen ernsten Rückwirkungen das Werk der Gerechtigkeit und des Friedens, das die Mächte unternommen haben, noch erschweren kann.

Abgesehen von obiger Note hat die Regierung die Gesandten Bulgariens bei den Großmächten angewiesen, gegen das Vorrücken der Türken auf Gümüldschina zu protestieren.

Nach Meldungen aus dem bulgarischen Hauptquartier werden die türkischen Vorposten in Mustapha-Pascha beständig verstärkt. Es befinden sich dort jetzt drei Regimenter. Die türkischen Soldaten schießen ohne Grund auf die bulgarischen Posten. Beträchtliche Truppenmassen sind zwischen Adrianopel und Ortaköi angehäuft. Die Türken zwingen die türkische Bevölkerung von Adrianopel und Umgebung, nach Süden auszuwandern; sie mähen die Felder ab, deren Besitzer geflohen sind, und schaffen die Garben nach Adrianopel.

Konstantinopel, 17. August. Bezüglich der Meldung, daß sich türkische Gruppen Gümüldschina nähern, und bezüglich des Gerüchts, daß ein Schritt der Mächte bevorstehe, durch den die Türkei aufgefordert werden solle, die Maritza nicht zu überschreiten, hat eine hohe Persönlichkeit im Ministerium des Auswärtigen den Vertreter des „Wr. K. K. Tel.-Korresp.-Bur." zu der Erklärung ermächtigt, daß die Pforte ihren Truppen niemals Befehl gegeben habe, auf Gümüldschina zu marschieren, und daß sie fest entschlossen sei, die Maritza nicht zu überschreiten. Wenn die Truppen den Fluß überschritten haben oder ihn überschreiten werden, um die Bevölkerung zu schützen, so würden sie wieder zurückkehren. Die Pforte werde ihre Botschafter beauftragen, den Mächten eine Erklärung in diesem Sinne abzugeben.

Berchtolds Demission nicht angenommen.

Wien, 17. August. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) In einer dreiviertelstündigen Audienz beim Kaiser in Ischl bot der Minister des Aeußern Graf Berchtold seine Entlassung an. Der Kaiser lehnte die Entlassung ab. Dagegen soll die Frage der Revision des Bukarester Friedens endgültig fallen gelassen sein.

Nach der Audienz stattete Graf Berchtold dem Oberstbofmeister sowie dem Flügeladjutanten des Kaisers Besuche ab. Um 2½ Uhr nachmittags nahm Graf Berchtold als Gast des Kaisers am Familiendiner in der Kaiservilla teil.

König Ferdinands Thronbesteigungstag.

Sofia, 17. August. Der Kaiser von Rußland hat an König Ferdinand aus Anlaß des Jahrestages seiner Thronbesteigung eine herzliche Glückwunschdepesche gerichtet.

Die Rumänen in Bulgarien.

Sofia, 17. August. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Die Zurückziehung der rumänischen Truppen aus Bulgarien vollzieht sich sehr langsam; bisher sollen noch gar keine Truppen über die Donau zurückgegangen sein. Auch wird die Bahnlinie Sofia—Rustschuk noch immer von den Rumänen besetzt gehalten, so daß der Postverkehr noch unterbrochen ist.

Serbisch-bulgarische Grenzregulierung.

Belgrad, 17. August. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Ueber die Grenzregulierung an der alten serbisch-bulgarischen Grenze wurde in der Hauptsache in Bukarest zwischen den beiderseitigen Bevollmächtigten eine Verständigung dahin erzielt, daß Serbien an der alten Grenze noch einen Strich Landes erhält und daß ferner die den Timokfluß betreffenden Fragen, die seit vielen Jahren Gegenstand von Beschwerden waren; ins Reine gebracht werden. Im ganzen sind diese Aenderungen minimal.

Die Serben in Albanien.

Belgrad, 17. August. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Nach einer Meldung der „Pravda" sind die hiesigen Vertreter der Großmächte beauftragt, der serbischen Regierung nahezulegen, daß die serbischen Truppen unverzüglich die Landstriche räumen, die auf Grund der Londoner Beschlüsse dem Fürstentum Albanien zugesprochen sind. Das Blatt fragt verwundert, weshalb die Regierung derartige Vorstellungen erst abwarte; es wäre ihre Pflicht gewesen, die Aufmerksamkeit der Mächte bereits vorher auf die jetzigen Vorgänge in Albanien und auf das, was die Albanesen gegen Serbien im Schilde führen, zu lenken.

Serbische Ordensauszeichnungen.

Belgrad, 17. August. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) König Peter hat gestern dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos und dem montenegrinischen Ministerpräsidenten Wukotitsch das Großkreuz des Weißen Adlerordens und den hiesigen Gesandten Griechenlands und Rumäniens das Großkreuz des Sawa-Ordens verliehen.

Die Albanesen gegen Montenegro.

Wien, 17. August. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Die „Alban. Korresp." meldet aus Skutari: 350 Familien des zu Montenegro gehörenden albanesischen Stammes Skreli beschlossen den Eintritt in den Stamm Hotti und die Lossage von Montenegro.

Griechenland und die Türkei.

Konstantinopel, 17. August. Die türkisch-griechischen Verhandlungen in Athen zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen stoßen auf Schwierigkeiten, für die von der Pforte die Haltung des griechischen Ministers des Aeußern Koromilas verantwortlich gemacht wird. Auf der Pforte hofft man, daß die Rückkehr des Ministerpräsidenten Venizelos nach Athen eine Besserung herbeiführen werde.

Kriegsschiffsbewegungen im Bosporus.

Konstantinopel, 17. August. Das russische Linienschiff „Rostislaw" und der Kreuzer „Kagul", die hier als Stationäre dienten, sind gestern abend nach Sebastopol abgegangen. Der italienische Stationär, der Kreuzer „Ammiraglio di Saint Bon" dessen Auslaufen nach dem Schwarzen Meer zu Manöverzwecken in Rußland ein gewisses Befremden hervorgerufen hatte, kehrt heute nach dem Bosporus zurück.

Deutscher Balkan-Epilog.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt in ihrer gestrigen Wochenrundschau:

> Die Londoner Botschafterversammlung hat mit der zurzeit möglichen Lösung der albanesischen Grenzfragen und der Inselfrage ihre Aufgabe vorläufig erfüllt. Von Sir Edward Grey ist ihrer Tätigkeit in beherzigenswerten Darlegungen vor dem Unterhause ein eindrucksvoller Ausklang gegeben worden. Der britische Staatssekretär hat als Leiter der Londoner Besprechungen den Dank Europas empfangen, und dieser Dank darf nicht gering sein, wenn man, wie die Gerechtigkeit fordert, die Arbeit der Botschafterversammlung nach dem beurteilt, was sie Europa erspart hat. Deutschland kann befriedigt darauf zurückblicken, daß es zu dem Zustandekommen der Londoner Besprechungen mitgewirkt und während ihrer Dauer durch eine vermittelnde Haltung dazu beigetragen hat, manche Ergebnisse zu sichern, darunter namentlich solche, die für unsere Dreibundgenossen nicht ohne Wert sind. Die Hoffnung ist erlaubt, daß der in London bewährte gute Wille zur Einigung auch die Aussprache beherrschen wird, die sich für die Regierungen der Großmächte aus ihrer Pflicht zur Stellungnahme zum Bukarester Friedensvertrag ergeben dürfte.

Die Einäscherung Bebels.

(Telegraphischer Bericht.)

Zürich, 17. August.

Unter großer Beteiligung erfolgte heute die Leichenfeier für Bebel. Bei leuchtendem Sonnenschein waren die Straßen von Zürich schon vom frühen Morgen ab von einer ungeheuren Menge, die sich ernst und schweigsam verhielt, erfüllt.

Gegen 1 Uhr wurde die Leiche vom Volkshause, wo sie in einer Fülle von Kränzen aufgebahrt war, in das auf einem Berge gelegene Heim der Tochter Bebels, der Witwe des Arztes Dr. Simon, gebracht. Im Volkshause war die Leiche schon Tags zuvor von ungezählten Tausenden besucht worden. Von dem Hause der Frau Dr. Simon bewegte sich der Leichenzug durch die Straße am See nach dem Friedhof des Krematoriums. 500 Kranzträger schritten voraus. Vor dem Krematorium wurden Ansprachen gehalten, die kurz, aber bei der großen Zahl der Redner doch schier endlos waren. Ueber eine Stunde währte der Vorbeimarsch der Massen vor dem Krematorium. Als die Spitze des Zuges die Jakobitirche erreichte, die dem Volkshause benachbart ist, begannen die Glocken zu läuten, bis die letzte Fahne vorüber war.

Als erster sprach als Vertreter des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie der

Reichstagsabg. Molkenbuhr.

Er feierte Bebel als das Ideal eines Führers, als den unermüdlichen Agitator und Organisator. Keiner konnte die Massen so begeistern wie er. Er war das Ideal eines echten Volkstriburen. Er wußte, daß Besserung nur geschaffen werden konnte, wenn das Proletariat sich selbst befreit. Sein ganzes Bestreben war darauf gerichtet, die mächtige Partei zu schaffen, die diese Befreiung herbeiführen kann. Molkenbuhr schilderte die Entwicklung der Partei und die Rolle, die Bebel dabei gespielt hat, vor allem die Arbeit, die Bebel im Parteivorstand geleistet hat. Kein Vorgang in der Arbeiterbewegung erschien ihm unbedeutend. Er entwarf bei allen politischen Vorgängen die Aufrufe der Partei. Sein Herz hat nun zu schlagen aufgehört, aber er lebt und wirkt weiter. Was er geschaffen hat, ist lebendig und lebenskräftig geblieben. Seine Reden und Schriften sind ein unerschöpfliches Arsenal für unseren Befreiungskampf. Die Flamme, die jetzt seinen Körper in Asche verwandelt, möge in den Herzen der Arbeiter Begeisterung entflammen. Bebel lebt in den Herzen der Arbeiter.

Dann folgte im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages

Abg. Fischer-Berlin:

Für unsere Fraktion bedeutet das Scheiden Bebels einen unersetzlichen Verlust. Er bedeutet auch für das deutsche Parlament einen schweren Verlust. Bebel war eine Zierde des Reichstages, vielleicht sein glänzendster Redner. Mit ihm scheidet aus dem Reichstag der letzte jener Abgeordneten, die von der Gründung des Reichstags der Reichstages und dann des deutschen Reichstages volle 46 Jahre an hervorragendster Stelle wirkten. Bebel erkannte von Anfang an als die Aufgabe der Arbeiterabgeordneten im Parlament seine Aufgabe: mitarbeiten, vorwärtsdrängen, herausholen, was irgend für die Arbeiterklasse herauszuholen war. Im März 1869 konnte er seinen ersten parlamentarischen Erfolg verzeichnen: Auf seinen Antrag fiel die für den Arbeiter unwürdige, kleinliche, polizeiliche Fessel des Arbeitsbuches. Die Arbeiterversicherungsgesetze, die ganze sozialpolitische Gesetzgebung im Reiche, sie sind Bebels und der sozialdemokratischen Fraktion Gedanken. Bebel war nicht nur der geniale, unentwegte, rücksichtslose Vorkämpfer der Arbeiterklasse, in ihm war geradezu das öffentliche Gewissen des deutschen Volkes verkörpert. Als der Militarismus in Deutschland auf der Höhe seiner Macht stand, da trat Bebel mit seinen flammenden Anklagen auf. Seine Brandmarkungen der niederträchtigen Soldatenmißhandlungen erweckten das Gewissen des Volkes. Als der Absolutismus in Deutschland neu erstarkte, da war es wiederum Bebel, der kühn und rücksichtslos den Kampf aufnahm und die Regierung und die bürgerlichen Parteien zwang, den Träger der Krone in seine Schranken zurückzuweisen. Aber dieser Kampf eines Menschenlebens, der Bebel zum populärsten Politiker Deutschlands gemacht, war kein Siegesgang im Sonnenglanz zur Höhe des Erfolges, es war ein langer Kreuzesweg mit blutigen Stationen. Es war ein großer Mann, dem wir hier unseren letzten Dank abstatten. Er war der Größte von uns und der Beste. August Bebel, nimm unseren letzten Gruß und letzten Dank: „Es wird die Spur von deinen Erdentagen nicht in Aeonen untergehn!"

Für die geeinigte französische Partei, die französische Sektion der Internationale, sprach

Kammerdeputierter Bracke:

Die Trauer der deutschen Sozialdemokratie ist auch die unsere und der gesamten Internationale. Wir Franzosen können mit besonderer Ehrfurcht beansprechen, einen Teil von Bebel für uns zu behalten. Heute sollte das ganze offizielle Frankreich vor diesem Sarg stehen, aber wenn das offizielle Frankreich es auch vergessen konnte, die Arbeiter und Bauern Frankreichs haben es nicht vergessen, daß im September 1870 Bebel im Reichstag gerufen hat: Das Kaiserreich liegt am Boden, ehrenvoller Frieden mit der Republik, keine